

Verfahrensvermerke

1. Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Gemeindevertretung vom 22.10.97. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch *Verfahrensvermerk* erfolgt.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

2. Die berührten Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 17.11.97 zur Stellungnahme aufgefordert worden.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

3. Die Gemeindevertretung hat am 22.10.97 den Entwurf der Abrundungssatzung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

4. Der Entwurf der Abrundungssatzung hat in der Zeit vom 17.11.97 bis zum 22.10.97 während folgender Zeiten öffentlich ausgelegt. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden können, durch ortsbüchlich bekanntgemacht worden.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

5. Die Gemeindevertretung hat die vorgeschriebenen Bedenken und Anregungen der Bürger sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 22.10.97 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

6. Die Abrundungssatzung wurde am 22.10.97 von der Gemeindevertretung beschlossen.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

7. Die Genehmigung der Abrundungssatzung wurde mit Beschluß des Landrates vom 22.10.97 mit Nebenbestimmungen erteilt.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

8. Die Auflagen wurden durch den satzungsendenden Beschluß der Gemeindevertretung vom 22.10.97 erfüllt. Die Aufgabenerfüllung wurde mit Verfügung des Landrates vom 22.10.97 bestätigt.

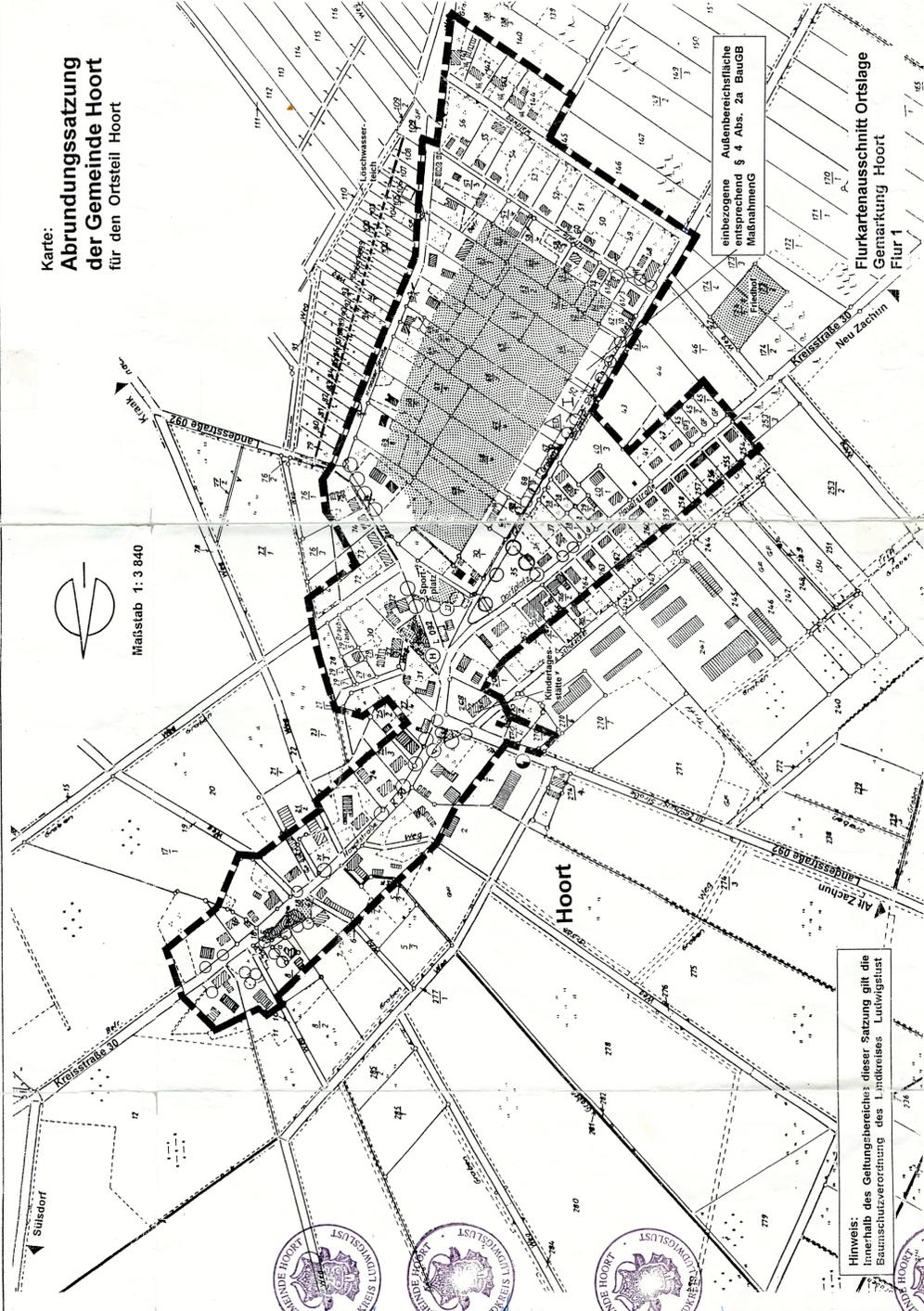
Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

9. Die Abrundungssatzung wird hiermit ausgefertigt.

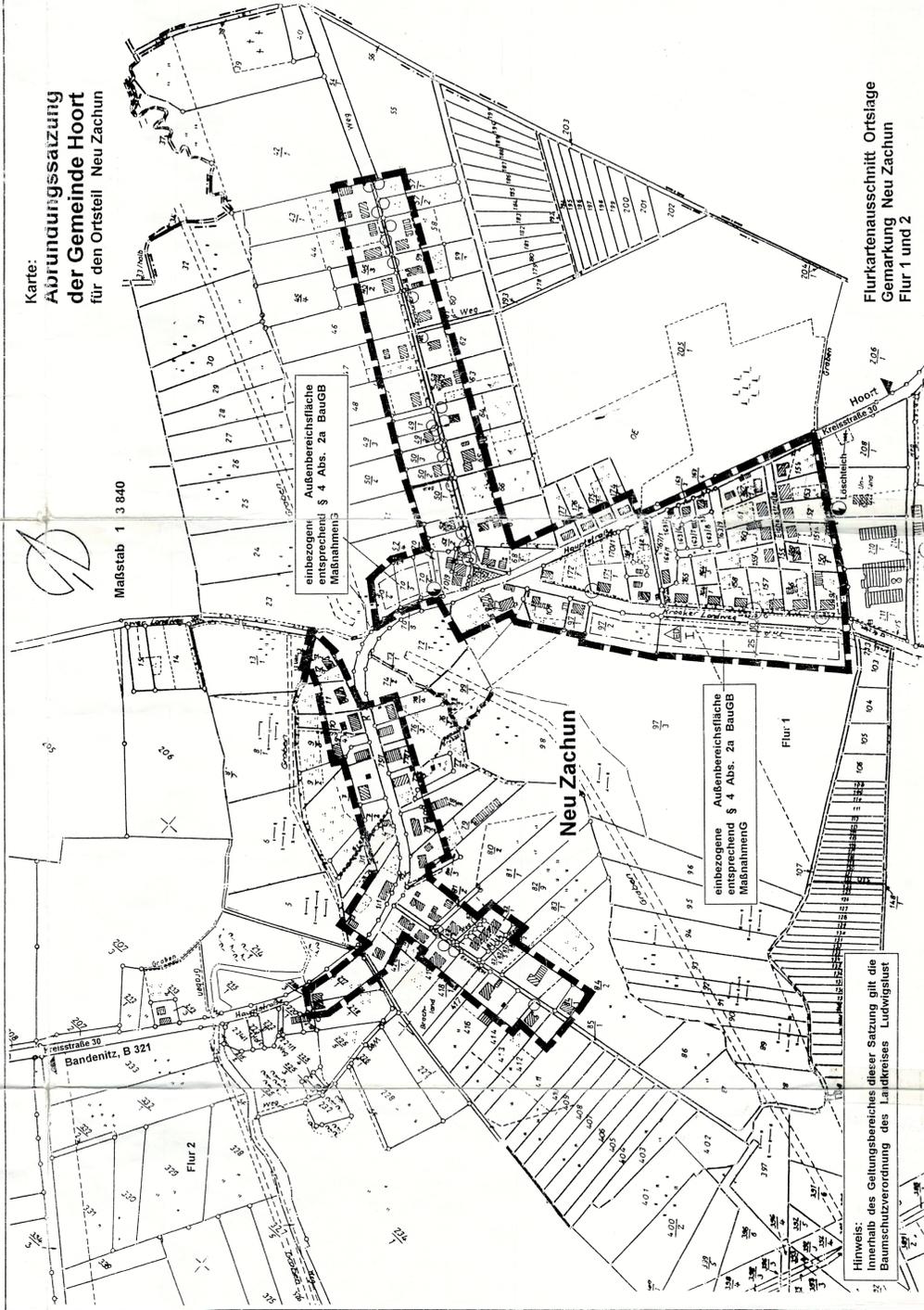
Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel

10. Die Genehmigung der Satzung sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann, sind am 22.10.97 ortsbüchlich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und die Rechtsfolgen hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am 22.10.97 rechtsverbindlich geworden.

Der Bürgermeister
 Hoorst, 17.11.97
 Siegel



Hinweis: Innerhalb des Geltungsbereiches dieser Satzung gilt die Baumschutzverordnung des Landkreises Ludwigslust



Hinweis: Innerhalb des Geltungsbereiches dieser Satzung gilt die Baumschutzverordnung des Landkreises Ludwigslust

Satzung der Gemeinde Hoorst nach § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 3 BauGB i.V.m. § 4 Abs. 2a BauGB-MaßnahmenG über die Festlegung und Abrundung der im Zusammenhang bebauten Ortsteile Hoorst und Neu Zachun

Aufgrund des § 34 Abs. 4 und 5 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 08. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung des Baugesetzbuches vom 30. Juli 1996 (BGBl. I S. 1189) i. V. m. § 4 Abs. 2 a BauGB-MaßnahmenG sowie nach § 86 der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern vom 26. April 1994 (GS Meckl. - Vorp. GI Nr. 2130 - 3) wird nach Beschlußfassung durch die Gemeindevertretung vom 22.10.97 und mit Genehmigung des Landrates folgende Satzung für das Gebiet der Ortsteile Hoorst und Neu Zachun erlassen:

- § 1 Räumlicher Geltungsbereich
- 1.1 Die Grenzen für das im Zusammenhang bebauten Ortsteiles werden gemäß den in den beigefügten Karten (M 1 : 3 840) ersichtlichen Darstellungen festgesetzt. Die Karten vom 22.10.97 sind Bestandteil dieser Satzung.
- § 2 Zulässigkeit von Vorhaben
- 2.1 Auf den einbezogenen Flächen gemäß § 4 Abs. 2a BauGB-MaßnahmenG sind nur Wohngebäude zulässig.
- 2.2 Innerhalb der einbezogenen Flächen gemäß § 4 Abs. 2a BauGB-MaßnahmenG sind nur eingeschossige Gebäude zulässig.
- 2.3 Die geplanten Grundstückszufahrten am Morasser Weg im Ortsteil Hoorst sind nur außerhalb des Wurzelraumbereiches der vorhandenen Straßenbäume und Feldhecken zulässig.

- § 3 Ausgleichsmaßnahmen
- 3.1 Als Ausgleichsmaßnahmen entsprechend § 8a BImSchG ist je 50m² versiegelte Fläche ein großkroniger, einheimischer, standortgerechter Laubbaum mit einer Größe von mindestens 14-16cm Stammumfang oder eine dreieckige Hecke mit einer Länge bis zu 25m zu pflanzen, zu unterhalten und zu schützen. Pflanzungen auf dem privaten Grundstück sind von Grundstückseigentümern durchzuführen. Pflanzungen außerhalb geplanter Grundstücke sind von der Gemeinde durchzuführen und zu erhalten.

§ 4 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung der Genehmigung des Landrates in Kraft.

Hoorst, Die Bürgermeisterin

PLÄNZEICHENERKLÄRUNG

- Festsetzungen
- Grenze des räumlichen Geltungsbereiches
 - Grünflächen
 - Wasserflächen
 - Zahl der Vollwurzelscheitel (§ 8 Abs. 1b, 1c BauGB)
 - nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
 - Baugrenze

- Darstellungen ohne Normcharakter
- vorhandene Wohngebäude
 - vorhandene Wirtschafts- und Nebengebäude
 - Verkehrsflächen
 - Flurstücksnummern
 - Flurstücksgrenzen
 - Hallesteile Bus
 - Trafostation
 - ortsbildprägender Baumbestand
- Für den Planhaft erfordertes ortsbildprägendes Gebäude, die örtlich erfüllt wurden, weil sie nicht im Bestand des Katasters nachgewiesen sind.

Hinweise

- Wenn während der Erarbeiten Funde oder auffällige Bodenerfahrungen entdeckt werden, ist gem. § 11 DSchG die untere Denkmalbehörde des Landkreises zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen des Landesamtes für Bodendenkmalpflege oder dessen Vertreter in unverzüglicher Weise anzuzeigen. Die Funde sind dem Landesamt für Bodendenkmalpflege, dem Leiter der Arbeiten, des Grundstückes, die die Funde erbracht haben, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.
- Der Beginn der Erarbeiten ist der unteren Denkmalbehörde und dem Landesamt für Bodendenkmalpflege mitzuteilen, um Wochen vor dem Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, daß Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Bodendenkmalpflege bei den Erarbeiten tätig sein können und eventuell auftretende Funde gem. § 11 DSchG anzuzeigen. Die Funde sind dem Landesamt für Bodendenkmalpflege mitzuteilen. (vgl. § 11 Abs. 3 DSchG).
- Gemäß § 20 Landeswaldgesetz M/V ist ein Mindestbestand von 50m² Wald bei der Errichtung baulicher Anlagen vorzugeben.

Abrundungssatzung
Gemeinde Hoorst, Landkreis Ludwigslust
für die Ortsteile Hoorst und Neu Zachun

M. 1 : 3 840

OCTOBER 1997